

Buch ist ihm der Sturm auf die Bastille nicht eine halbe Seite wert, und der Schusterjunge mit der roten Fahne auf der Barrikade taucht gar nicht erst auf. In seiner Schrift wird hart abgerechnet mit Ernteergebnissen, Klimaerscheinung, Lebensgewohnheiten u. dgl. Ich denke, die Zeit muß noch kommen, wo die nötige Nüchternheit zur Bewältigung des Vergangenen einzieht.

Für einen neuen Tocqueville könnte die deutsche Teilung und ihre glückhafte Überwindung eine einmalige Analysemöglichkeit über das Wesen des Menschen und seiner Geschichte darstellen. Ist es nicht so, als wären 1949 zwei genetisch gleiche und gleichzeitig existierende Pflanzen unter den Händen verschiedener Züchter in zwei unterschiedlich beheizten Gewächshäusern mit unterschiedlicher Nährstoffzufuhr aufgezogen worden? 1989 wurden die Gewächshäuser geöffnet und die Pflanzen nebeneinander gestellt. Recht für Betroffene schaffen ist notwendig. Das kann aber nur die eine Seite der Beschäftigung mit Vergangenheiten sein. Schlußfolgerungen und Lehren daraus zu ziehen, um neues Unrecht und neue Betroffenheit zu verhindern, ist die andere Seite. Wer das Richtschwert zieht, sollte zuvor an das Vaterunser denken. Heißt es da nicht „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern“? Da steht nicht, wie wir zuvor mit unseren Schuldigern zu verfahren haben, zumal jene kaum noch leben, die mit marxistisch-leninistischen Vorstellungen die DDR 1949 auf den Weg gebracht hatten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich schlage vor, wir machen jetzt fünf Minuten Pause und sollten dann mit der Diskussion beginnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Nachdem die Referenten Platz genommen haben, sollten wir mit der Diskussion beginnen. Herr Professor Schmidt hatte gegen Ende seines Referates noch darauf hingewiesen, daß Alexis de Tocqueville sein Buch über das „Ancien régime et la révolution“ erst 50 Jahre nach der Revolution geschrieben hat. Ganz so lange sollten wir nicht warten. Wir sollten doch versuchen, ein Stück mehr Präzision zu bringen, und die Diskussion kann ja vielleicht nach beiden Vorträgen dazu beitragen. Als erstes hat sich Herr Dr. Jork gemeldet.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, ich möchte meine erste Frage an Herrn Professor Schmidt richten. Er hat gesagt, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein prägt als eine der Grundmaxime und Erkenntnisse des Marxismus. Wir haben das hier früher erlebt, und für mich steht folgende Frage im Zusammenhang mit dem Vortrag: Wie wirkt die Erkenntnis heute in dem Verhalten der Menschen und auch in den Erwartungen und Enttäuschungen – die sind ja in den 40 Jahren geprägt worden – fort?

Eine zweite Frage richtet sich auch an Herrn Professor Schmidt. Wir haben vom Zugriff gesprochen, der durch die Zentralwirtschaft möglich war. Dieser Zugriff betraf auch die Forschung und die Möglichkeit, Aufgaben im Zusammenhang mit technischer Entwicklung z. B. an die Akademie der Wissenschaften, an die Hochschulen zu geben und koordinierend zu wirken. Wie

funktionierte diese Koordinierung, auch angesichts der Schwierigkeiten, die wir bei der Innovation, bei der Forschungspolitik in den neuen Bundesländern jetzt haben? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde vorschlagen, daß wir vielleicht gleich Herrn Professor Schmidt antworten lassen.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Die marxistische These, daß der Mensch als tabula rasa, als vollkommenes Neutrum geboren wird und erst durch die Erziehung zu dem wird, was er später darstellt, ist nicht haltbar. Darüber besteht in der Psychologie Einigkeit. Der Marxismus geht dagegen davon aus, daß man die Umstände für das Sein notfalls mit Gewalt diktieren kann, um den Menschen nach sozialistischem Idealbild zu erhalten. Die Marxisten waren wie Musiklehrer die behaupten, jeder Mensch kann bei entsprechender Ausbildung singen, um dann nach 20 Jahren feststellen zu müssen, daß dem nicht so ist. Die These „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ gehörte zu den Rechtfertigungen der Enteignung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden. Jene sollten, brutal durchgesetzt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach marxistischen Vorstellungen aus der Welt schaffen.

Zweitens zur Frage nach den Beziehungen zwischen Forschung und Planwirtschaft: Technischer Fortschritt besteht sehr wesentlich darin, daß die zunächst mit Muskel und Hirn verrichtete körpergebundene Arbeit den Maschinen und Automaten übertragen wird. Wenn aber eine Planwirtschaft den Zähler – also das zählbare Ergebnis – festlegt, stellt jedes, unerwartet eintretende Forschungsergebnis einen Eingriff in die Planung dar. Eine Folge des Festhaltens an der Planung ist somit zwangsläufig eine verzögernde Anwendung der Ergebnisse.

Darüber hinaus war die DDR-Führung von einem Eigenwertverlust gekennzeichnet. Sie wartete Entscheidungen ab, bis im Ausland ähnliche durch das Forschungsergebnis vorgezeigte Wege beschritten wurden. Oft führte erst der Hinweis auf ein im Ausland existierendes Ergebnis – zum Beispiel unter dem Motto „Texas Instruments“ arbeitet ähnlich – dann zu einer positiven Ergebnisakzeptanz und im negativen Sinne zu einer Akzeptanz einer bis zu vierjähriger Phasenverschiebung der Einführung des Forschungsergebnisses. Aus eigenem Erleben kenne ich derartige Vorfälle im Zusammenhang mit der Si-Kristallproduktion, als eine der technologischen Voraussetzungen der Elektronikindustrie der 60er Jahre.

Nicht zuletzt entstand auf diese Weise eine beträchtliche Forschung für den Papierkorb. Wie viele Forschungsergebnisse sind darin verschwunden? Aus Sicht der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist es schon erstaunlich, wie hoch der Erkenntnisstand in den Naturwissenschaften dennoch war. Er fand nur keine Verwertung. Wenn wir jetzt auf die Kollegen der ehemals anderen Seite treffen, stellen wir oft etwas brüskiert fest, daß deren Erkenntnisstand nicht höher war, trotz besseren Bedingungen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Vergin bitte.

Zwischenruf Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Spiller, die erste Frage war nicht richtig beantwortet, darf ich?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ja bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine Frage lautete: Wenn diese These – das Sein bestimmt das Bewußtsein – stimmt, wie wirkt das heute fort in der Erwartung an die Umwelt und an das Sein?

Prof. Dr. Rainer Schmidt: Die spezielle marxistisch-leninistische These wirkt nicht fort. Was fortwirkt, ist ein diffuses marxistisch-leninistisches Weltbild, das in dem Empfinden gipfelt: Der Marxismus war ja gar nicht so schlecht. Marx hatte ja Recht. Es waren nur die Menschen, die nicht fähig waren, seine Lehre anzuwenden.

Es ist nicht so, daß zur Zeit in der Bevölkerung marxistische Lehrsätze konkret diskutiert werden. Es sind nur die Erinnerungen an den gesicherten Arbeitsplatz und ein verlorengegangen geglaubtes Sozialgefühl, bei denen die aus ihren einstigen Strukturen herausgerissen wurden. Ich behaupte, daß noch viele der 4,8 Millionen Arbeitslosen sich in den Chor der an eine scheinbare doch nicht so schlechte Zeit Erinnernden einbringen werden.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Schmidt und zwei Fragen an beide Referenten. Herr Professor Schmidt, Sie haben zum Schluß gesagt, daß Sie die Zeit für die Aufarbeitung noch nicht für gekommen halten, und haben das mit einem Beispiel aus der Geschichte begründet, das ich nun nicht heranziehen würde. Ich würde die Frage stellen, ob die Zeit der Aufarbeitung gerade aus der nicht rechtzeitig eingesetzten Aufarbeitung über den Nationalsozialismus für gekommen ist, für den Themenkomplex, den wir heute hier bearbeiten bzw. von der Kommission her bearbeiten.

Ich glaube schon, nachdem ich mich also mit der Zeit sehr intensiv befaßt habe und befasse, daß viele Schwierigkeiten, die wir haben, eben in der nicht rechtzeitigen Aufarbeitung des Nationalsozialismus begründet sind. Insofern möchte ich also Ihrer These völlig widersprechen.

Eine zweite Frage richtet sich an Sie beide in etwas differenzierter Form. Herr Professor Schmidt hat die Haltung der Menschen beschrieben und hat ein Bild gezeichnet.

Mich würde interessieren, haben Sie dieses Bild, das Sie hier über die Haltung der Menschen vorgetragen haben, auf Grund von empirischen Untersuchungen dargestellt, oder haben Sie diese Auffassungen aufgrund eigener Beobachtungen so formuliert?

Herrn Dr. Klein frage ich, ob er dieses beschriebene Bild so teilen würde. Sie haben ja beide zum selben Thema gesprochen.

Eine dritte Frage richtet sich an Sie beide. Ist die These oder die Feststellung von Herrn Professor Schmidt, daß die Rolle der Opposition, egal wie man sie beschreibt, keinen entscheidenden Beitrag zum Zusammenbruch gebracht hat, sondern, daß einzig und allein der Zusammenbruch der Wirtschaft dazu geführt hat, daß ein neues System entstand, richtig? Kann man mit einer solchen einfachen Feststellung der Rolle der Opposition überhaupt gerecht werden, wenn wir uns darauf einlassen würden? Das frage ich Sie beide, denn das bewegt mich wirklich sehr, ob wir solche Schlußfolgerungen in die Welt setzen können. Wenn das zu begründen wäre, wäre das etwas anderes, aber so wie Sie es dargestellt haben, hat mich das nicht überzeugen können.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Zunächst zu Ihrer Frage: Die Zeit für eine emotionsfreie Analyse ist noch nicht gekommen. Wirtschaftswachstum basiert heute weitgehend nicht mehr auf dem Wachstum des Wertes aus menschlicher Arbeit, sondern auf verstärkter Ausbeutung der fossilen Energiequellen. Ich möchte hier noch einmal einen Satz von W. Ostwald zitieren: „Es wird die Zeit kommen, da eine Wirtschaft ausschließlich auf der jährlich eingestrahelten Sonnenenergie aufbauen muß.“ Zur Begründung dieses Satzes wäre hierzu ein längerer geologischer Vortrag erforderlich. Ich kann hier nur warnen und sagen, daß die Ostwaldschen Bedenken Verteilungswirtschaft bedeuten, wenn nur noch ein konstantes Energiequantum für die Wirtschaft zur Verfügung steht. Dann wäre das DDR-Modell und -Schicksal als Beispiel einer notwendig werdenden Verteilungswirtschaft unter ganz anderen Gesichtspunkten zu analysieren, nämlich so, wie man eine Verteilungswirtschaft nicht gestalten darf. Deshalb könnten die Lehren aus diesem Experiment DDR für die Zukunft der Menschheit einmal sehr sehr wertvoll sein. Ich erinnere daran, daß Deutschland eben gerade eines nicht hat, eine noch lange ausreichende energetische Basis. Wir wissen doch, wie Demonstranten in diesem Lande noch gegen den Rest derselben kämpfen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Schmidt, das war keine direkte Beantwortung der gestellten Frage.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ich würde sagen, wenn uns nur noch ein beschränktes Energiequantum zur Verfügung steht, kann ich für den Aufbau einer Gesellschaft nicht mehr die Lehren aus der Bundesrepublik ziehen, sondern dann muß ich sogar das mißglückte Experiment noch einmal betrachten. Diese Zeit ist in meinen Augen noch nicht gekommen. Die Ärzte haben mehr Erkenntnisse am kranken Körper als am gesunden gewonnen. Das muß ich betonen. Dann möchte ich sagen: Ich habe hier gelebt, ich kenne die Witze, ich kenne auch die Haltung der Menschen. Ich habe wirklich in der Produktion von unten, von der Werkbank aus alle Stufen durchschritten bis zum Studium. Das als Antwort. Und jetzt zur Opposition. Es ist doch keine Beleidigung der Opposition zu sagen, daß sie den Mut besessen hatte, endlich Schluß zu machen mit der DDR und den Stein von der Mauer zu stoßen. Aber wäre die DDR intakt gewesen, hätte sie die Bedürfnisse der Bevölkerung weit über das in der Verfassung festgeschriebene Maß hinaus und so wie auf der anderen

Seite der Grenze befriedigen können, dann hätte es ja vielleicht keine Opposition gegeben. Dann hätte niemand eine Mauer gebraucht. Wir müssen es doch einmal sagen, es bleibt der Opposition unbestreitbar die Heldentat zugesprochen, daß sie die Mauer zum Einsturz gebracht hat. Zur Lockerung der Mauer, bis daß der Mörtel zwischen den Steinen fehlte, das hat sie nicht allein bewirkt. Das waren die vielen Bürger, die in der Niedergangphase mit ihrer Passivität und dem Einsehen der Zwecklosigkeit dazu beigetragen haben. Ich hatte nie ein Gespräch mit dem Maler Wolfgang Mattheuer. Er hatte doch das Bild gemalt vom Sisyphus. Dieses zeigt Menschen, die den Stein nicht mehr den Berg hinaufrollen, sondern ihn in einen menschlichen Kopf ummeißeln, um ihn anschließend den Berg herunter rollen zu lassen. War das eine Vorahnung des DDR-Endes? Das sollte man anerkennen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Dr. Klein bitte.

Dr. Werner Klein: Zu Ihrer Frage hinsichtlich des Menschenbildes, das auch meinem Vortrag zugrunde lag. Wir Ökonomen gehen davon aus, daß Menschen individuell präferenzgeleitet sind. Wie immer diese Präferenzen auch aussehen. Für den Ökonomen stellt sich nur die Frage, in welcher Weise wirken sich solche Präferenzen in ökonomischen Aktivitäten aus, schaffen sie sich Bahn? Wir haben zu akzeptieren, daß Volkswirtschaften gesellschaftliche Organisationen sind, in denen möglicherweise Millionen von Menschen zusammenarbeiten und leben. Das Problem, von dem ich ausgegangen war, war jenes, den gegebenen Ressourcenbestand und auch dessen Entwicklung so zu lenken, daß, und das ist die entscheidende Frage, den Präferenzen der Menschen gedient wird. Nun gibt es aber prinzipiell zwei Arten und Weisen, wie man Präferenzen in den Dienst der Ressourcenlenkung stellen kann. Das eine war, ich habe es nicht näher ideologisch begründet, die Struktur der Zentralverwaltungswirtschaft, die prinzipiell, gekoppelt mit einem System politischer Diktatur, die Präferenzen der politisch Herrschenden als das Leitmotiv für den Umgang mit Ressourcen ansieht, und dann gibt es noch den Rest der Gesellschaft. Im übrigen kann es noch so sein, daß sich die Organisation dieser politischen Herrschaft in Herrschaftseliten, einer Nomenklatura niederschlägt. Dann gehört diese Organisation der Nomenklatura natürlich zu den Repräsentanten derjenigen, die die Präferenzen dieser herrschenden Elite repräsentieren. Und es gibt die Präferenzen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft.

Ich müßte jetzt weiter ausholen, um die Verknüpfung zwischen politischem System und ökonomischem System in der Kontrastierung Marktwirtschaft, gekoppelt mit politischer Demokratie, und Zentralverwaltungswirtschaft, gekoppelt mit politischer Diktatur, auszuführen. Vielleicht nur folgendes: Ich hatte ja, von meinem Menschenbild ausgehend, gesagt, Präferenzen sind handlungsleitende Momente, auch ökonomisch handlungsleitende Momente. Und es ist eben nicht damit zu rechnen, daß in Zentralverwaltungswirtschaften die Präferenzen der politisch Herrschenden identisch sind mit den Präferenzen der politisch Beherrschten. Insofern gibt es dieses erhebliche Leitungsproblem, das daraus folgt, daß die Formulierung der Ziele des Umgangs mit den Ressourcen

einer Volkswirtschaft durch die Partei und die entsprechenden Prozeduren festgelegt werden und diese nicht mit den Präferenzen der übrigen Mitglieder der Gesellschaft übereinstimmen. Insofern ergibt sich das erhebliche Problem für eine Zentralverwaltungswirtschaft, diese Haltung der Menschen, die zur politischen Herrschaftsklasse gehören, mit den Präferenzen der übrigen Gesellschaft kompatibel zu machen oder umgekehrt, die Präferenzen der Bevölkerung mit den Präferenzen und Haltungen der politisch Herrschenden kompatibel zu machen. Das ist das eigentliche Problem.

Das bedeutet nicht, daß die Haltungen der Menschen etwa so zu verstehen wären, daß in einem System der Zentralverwaltungswirtschaft nicht gearbeitet worden wäre, ganz im Gegenteil, das ist bekannt, aber die Arbeit wurde, wenn Sie so wollen, benutzt für Zwecke, die die Mehrheit der Bevölkerung so nicht sehen wollte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Professor Wilke, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie sich zu Wort gemeldet haben? Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe Ihren ersten Satz, Herr Kollege Schmidt, daß man über den Marxismus-Leninismus reden muß, um die Wirklichkeit der Ökonomie der Deutschen Demokratischen Republik zu verstehen, mit großer Zustimmung gehört. Ich habe dann, um an die nicht ganz beantwortete Frage von den Folgewirkungen der Ökonomie für das Heute vom Kollegen Jork anzuknüpfen, von Ihnen die Illustration über die Verbindung zwischen der marxistisch-leninistischen Ideologie und den Folgen, die uns vielleicht noch ins Haus stehen, gehört.

Die marxistisch-leninistische Ideologie ist aus meiner Sicht keine ökonomische Theorie, es ist eine Theorie der Macht, und die politische Macht ist die Schlüsselkategorie in dieser Ideologie oder dieser säkularisierten Religion, wie man sie wohl besser bezeichnet. Und in dieser Beziehung haben Sie in Ihrem schönen Bild von dem Nenner und dem Zähler im Grunde die Frage der Ziele, die mit dem Marxismus-Leninismus definiert werden, sozusagen von der Utopie hergeleitet, nämlich das allgemeine Völker Glück.

Der Vorsitzende hat in seinem Einleitungsstatement darauf hingewiesen, daß in der Realität auf dem Zähler Panzer, Sicherheitsanlagen etc. standen. Das also hat die Sicherheitsdoktrin der Nomenklatura bestimmt, was diese Ökonomie real produziert. Und dann haben Sie in der Beantwortung der Frage des Kollegen Vergin darauf hingewiesen, wir sind ja noch nicht soweit. De Tocqueville sagte 50 Jahre und wenn wir dann mal die Energie auf Sonnenenergie umstellen, dann könnte das Experiment der Verwaltungswirtschaft noch einmal in Betracht gezogen werden.

Ich habe das Buch von Wolfgang Harich mit einigem Erschauern gelesen, in dem er seine kommunistische Utopie der ökologisch begründeten Weltherrschaft ausbreitete und bemerkte, daß wir eine Diktatur brauchen um sie durchzusetzen.

Ich wollte Sie eigentlich nur fragen, weil das mich wirklich beschäftigt, ob denn die Utopieverheißung, mit der all das gerechtfertigt worden ist, was die Realität der DDR-Ökonomie ausgemacht hat, ob diese Utopieverheißung auch schon wieder in ihrem Sonnenstaat enthalten ist, ob diese Heilserwartung, mit der dann politische Macht totalitärer Natur gerechtfertigt wird, darin eingeschlossen ist und wir sozusagen auf einmal wieder bei der marxistisch-leninistischen Utopie sind? Ich hätte nicht erwartet, daß wir diese Frage hier jetzt unter dem Aspekt der Folgewirkungen diskutieren müssen.

Ich würde zum Zweiten Herrn Klein gerne eine Frage stellen, weil neben dem Marxismus-Leninismus in Ihrem Beitrag der zweite Aspekt auftaucht, daß die Realität dieser DDR-Ökonomie durch eine fundamentale sowjetische Abhängigkeit geprägt war. Der amerikanische Historiker Naimark ist der erste, der versucht hat, die Geschichte der sowjetischen Besatzungsherrschaft zu schreiben. Er konstatiert, daß die Russen in der SBZ in der Manier einer Kolonialmacht aufgetreten sind, und sie haben gewissermaßen die durch Hitler verursachten Kriegsschäden – dieser Rassenkrieg, der die SED überhaupt erst zur Herrschaft gebracht hat – damit beantwortet, daß sie ihre Besatzungszone stellvertretend für Deutschland ausplünderten. Ist dieser ökonomische Grundschaden an Menschen, Material usw. irgendwann einmal bilanziert worden, und inwieweit wirkt diese durch die Interessen der Sowjetunion bewirkte Verformung dieses mitteldeutschen Industriegebietes, das waren immerhin 45 Jahre, bis heute nach? Das war meine Frage an Sie.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Beides waren sehr umfangreiche Fragestellungen, ich bitte beide Referenten um eine möglichst kurze Antwort. Herr Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Noch einmal zu der Frage, die hier wiederkommt und die ich zuvor nicht beantwortet habe. Das Dritte Reich war fünf Jahre noch wettbewerblich geführte Wirtschaft und sieben Jahre Kriegs- oder Kommandowirtschaft. D. h., durch die sieben Jahre Kriegswirtschaft wurde die Kommandowirtschaft der DDR sehr wesentlich vorbereitet. Ich bitte aber nochmals um die Berücksichtigung der Unterschiede. Das ist ganz wichtig. Rechts greift nach der Macht, links greift nach der Macht und der Wirtschaft. Wirtschaft und Politik werden als Einheit betrachtet. Das würde ich einmal hier in den Raum stellen. Wie es damit lang geht, hatte Marx und am prägnantesten Lenin gesagt: „Eine Ideologie wird zur materiellen Macht, wenn sie die Massen ergreift.“ Ist das nicht der Fall, wird nachgeholfen. Ich hatte den Satz bereits im Referat gebraucht. Bis 1970 wurde in der DDR offen von der Diktatur der Arbeiterklasse gesprochen.

Jetzt zur Frage von Herrn Eppelmann. Es stimmt, daß auf der Welt die DDR nach Frankreich den höchsten Anteil des Bruttonproduktes für die Sicherheit eingesetzt hat. Es stimmt auch, daß die DDR einen Jürgen Kuczynski hatte, der aller drei Jahre dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED auf die Schulter klopfte und sagte: „Im nächsten Jahr wird folgerichtig die Krise des westlichen Wirtschaftssystems, also des Kapitalismus, kommen und dann

erübrigt sich der Stacheldraht.“ Die zyklischen Krisen des Kapitalismus gehörten zur Theorie des Marxismus-Leninismus. Bis zuletzt hat man sich an den Wunderglauben von den zyklischen Krisen der Marktwirtschaft geklammert. Ich sage, man hat sie fetischisiert.

Noch ein Wort zur Rückbesinnung. Wer heute genau in die Bevölkerung hinein hört müßte merken, welchen Beigeschmack das hier umlaufende Wort Demokratie hat. Wer es noch nicht gehört haben sollte, dem sei gesagt, das Wort läuft schon von Mund zu Mund auf der Straße. Jetzt habe ich es sogar schon einmal in einem Sketch im Fernsehen gehört. Da ist sie wieder, die diffuse Rückbesinnung, die der Diktatur neue Wege öffnen könnte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Klein bitte.

Dr. Werner Klein: Herr Professor Wilke, ich möchte Ihnen insofern zustimmen, daß die DDR, was die Reparationsleistungen gegenüber der UdSSR anbelangt, den Hauptteil dieser Lasten getragen hatte. Und zwar ist ja bekannt, daß die Sowjetunion kurz nach dem Kriege eine große Zahl von Industriebetrieben in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt hat. Diese Aktiengesellschaften mußten dann de facto nur für die Sowjetunion produzieren. Dabei kamen heimische Arbeitskräfte und heimische Rohstoffe zum Einsatz. Eine Zahl jetzt zu nennen wäre etwas vermessen, weil diese Zahlen im einzelnen so noch nicht bekannt sind.

Auf die Dauer gesehen ist dies allerdings etwas anderes und etwas differenzierter zu betrachten, nämlich wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen der DDR und der übrigen RGW-Staaten zur Sowjetunion entwickelt haben. Dies hängt damit zusammen, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen wegen der schon genannten Planrisiken, die eigentlich mit Außenwirtschaft zu tun haben, für Zentralverwaltungswirtschaften insofern zu mindern versucht wurden, daß in Handelsabkommen innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) versucht wurde, den internationalen Austausch von Gütern planmäßig zu organisieren. Diese planmäßige Organisation konnte natürlich nicht auf die Medien zurückgreifen, die Marktwirtschaften zur Verfügung stehen, nämlich die Effizienz von Außenwirtschaftsbeziehungen an Marktergebnissen zu messen, das waren Regierungsabkommen, die ausgehandelt wurden.

Die Abhängigkeit von der Sowjetunion erklärt sich deswegen auch aus dieser handelspolitischen Blockbildung. Das gilt allerdings nicht nur für die DDR, sondern auch für die anderen Staaten, allein schon aus der Tatsache heraus, daß die Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion einen wesentlichen Teil der Importe der DDR ausmachten. Öl ist ein bekanntes Beispiel dafür. Andererseits mußten im Gegenzug Fertigprodukte geliefert werden. Daraus sich ergebende Zahlungsbilanzfolgen, vor allem die Klärung der Frage, welches Land von welchem anderen in welcher Weise profitierte, sind sehr schwierig abzuschätzen. Das ist außerordentlich schwierig zu berechnen, weil es eben marktbestimmte Preise und Preisrelationen in dieser Beziehung nicht gab.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß durch diese Blockbildung die Staaten all dieser Regionen zu 60 % bis 70 % mit der Sowjetunion verknüpft waren, und innerhalb dieser Verknüpfungen machten die Beziehungen zur Sowjetunion meistens 50 % der Importe und Exporte aus. Der große Wirtschaftsraum Sowjetunion mit seiner entsprechenden Rohstoffbasis war dann auch wegen der exzessiven Faktornachfrage, von der ich berichtet habe, der Grund dafür, daß diese enge Bindung zur Sowjetunion bestand, weil anders als mit westlichen Marktwirtschaften ein solcher Handelsverkehr de facto nicht möglich war.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich stehe jetzt selbst auf der Redeliste. Ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Klein.

Sie haben in Ihrem Vortrag und auch in Ihrem ersten Diskussionsbeitrag sehr stark auf das Problem auseinanderfallender Interessen von Funktionärselite und übriger Bevölkerung abgehoben. Dazu die erste Frage: Glauben Sie denn, daß das System der DDR-Wirtschaft besser funktioniert hätte, wenn es ein höheres Maß an Übereinstimmung dieser Interessen gegeben hätte?

Zweite Frage: Mir fiel auf, das ist für einen westlichen Ökonomen ungewöhnlich, daß Sie in Ihrem Vortrag das Wort Preisbildung nicht erwähnt haben. In einer Wettbewerbswirtschaft klassischen westlichen Typs ist der Preismechanismus der Hauptregelmechanismus beispielsweise auch für die Zuteilung von Ressourcen. Warum haben Sie den nicht erwähnt?

Dr. Werner Klein: Um mit der letzten Frage zu beginnen. Der Preismechanismus spielt natürlich eine Rolle, wenn ich Kennziffern in Wertgrößen definiere. Aber wie diese Preise zustande gekommen sind, läßt sich für die DDR-Wirtschaft nur so erklären, daß sie auf der Basis von Kalkulationsrichtlinien zustande kamen, und durch Preisbildungsbehörden zu bestätigen waren. Diese Preise hatten mit Marktpreisen nur den Namen gemein. Sie hatten nicht die Funktion, über Marktprozesse die Koordination von Angebot und Nachfrage, von Gütern und Produkten, von Produktionsfaktoren zu regeln. Insofern spielten Preise nur auf der Ebene der Konsumgüterverteilung eine Rolle, weil diese Zentralverwaltungswirtschaft so organisiert war, daß das Verteilungsproblem hinsichtlich der Konsumgüter natürlich Preise auf der einen Seite und Einkommen auf der anderen Seite benötigte. Eine allokative Funktion kam den Preisen nur in diesem indirekten Wege über die entsprechend preislich bestimmten Kennziffern zu. Das heißt mit anderen Worten: Die Planung der ökonomischen Hergänge beruhte im wesentlichen und zentral auf der Bilanzierungsmethode, und diese Bilanzierungsmethode bedeutete, Aufkommen und Verwendung in einem Prozeß der Planabstimmung von Gütern aller Art festzulegen, nicht über Preisbildungsprozesse auf Märkten.

Zu Ihrer ersten Frage: Ein höheres Maß an Übereinstimmung von gesellschaftlichen Interessen, formuliert durch die Partei und von Interessen der Bevölkerung, mag im Ansatz einmal bestanden haben. Ich erinnere mich an die Aufbruchstimmung nach 1948/49 als die DDR souverän wurde, d. h. man hatte das Gefühl, jetzt müssen wir anpacken, alles neu machen. Aber mit den wach-

senden Ansprüchen der Partei an die Ökonomieziele, die sie definiert hatte und die sie durchzusetzen gedachte, erhöhten sich die Differenzen zwischen dem Anspruch der Partei einerseits und dem Anspruch der Bevölkerung auf akzeptable Konsumgüter andererseits. Ich hatte ja berichtet, daß sich die Ressourcenverwendung in der DDR schwergewichtig auf den industriellen Sektor und auch noch auf die Schwerindustrie bezog. Die ideologische Begründung, die dahinter stand, folgte dem Motto „was wir heute investieren, wird morgen zur Produktion besserer und größerer Mengen an Konsumgütern beitragen“. Dies erwies sich unter den dann obwaltenden Systembedingungen als eine Illusion, denn dieser interne Defekt wurde eben nicht durchbrochen, sondern eher noch in den letzten Jahren dieses Systems verstärkt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Wir haben das Problem, daß die Zeit schon sehr knapp ist. Wir haben noch zwei Wortmeldungen, Herr Kuhn und Herr Burrichter. Und dann meine ich, sollten wir die Diskussion aus Zeitgründen beenden. Ich würde jetzt bitten, daß beide Herren zunächst einmal ihre Frage stellen, und daß beide Referenten dann zusammenfassend antworten.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Ich will noch einmal kurz auf den Vortrag von Herrn Professor Schmidt eingehen. Er gab ja so eine chronologische Abfolge der Entwicklung der DDR-Wirtschaft und kam dann auf die große Konferenz der Bruderstaaten im Jahre 1968 zu sprechen, die mit der Frage konfrontiert war: „Warum sind bei Euch die Produktionsverhältnisse noch nicht so angeglichen, wie sich das eigentlich entsprechend auch für den Sozialismus gebührt?“ Dann kam die große Enteignungswelle, die alle mittelständischen Betriebe, die noch in Privathand waren und zwischen 100 und 200 Beschäftigte aufwiesen, enteignete. Sie haben dann eine interessante Aussage gemacht und gesagt, daß diese Enteignungswelle nicht auf eine öffentliche Protestwelle der in der DDR lebenden Bürger stieß, sondern es betraf ja sozusagen auch die Millionärsschicht in der DDR. Davon betroffen waren Handwerksbetriebe und mittelständische Betriebe, die sich auch aufgrund ihrer Existenz ein materiell etwas besser gestelltes Leben leisten konnten. Diese mentale Situation, jetzt verglichen, weil wir immer Schlüsse auch auf aktuelle Situationen ziehen wollen, mit der uns bevorstehenden durchgreifenden Steuerreform – wenn ich z. B. lese, daß führende Oppositionspolitiker die These aufstellen und sagen, nur wenn wir all unsere Millionäre mit 3 % speziell noch einmal besteuern würden, könnten wir Probleme lösen – inwieweit würden Sie dort eine Analogie feststellen? Inwieweit meinen Sie, ist daraus herzuleiten, wie stark man Wirtschaft eigentlich belasten kann, ohne daß damit die Gesamtwirtschaft Schaden erleidet?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich gestatte mir schon eine Anmerkung, daß das eine etwas merkwürdige Frage im Zusammenhang mit der Enquete-Kommission ist. Herr Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Magnifizenz, Herr Schmidt, ich möchte zwei Fragen an Sie richten. Sie haben Jürgen Kuczynski zitiert, der ja nun in-

zwischen auf dem besten Wege ist, zur Legende zu werden. Ich möchte aber einer gewissen Legendenbildung entgegenwirken. Jürgen Kuczynski hat mit Sicherheit dem Herrn Generalsekretär dies, wie Sie es zitiert haben, nicht gesagt, denn ich weiß, daß er z. B. auf alle Publikationen und Analysen bzg. der Krisen des Kapitalismus mit folgender Interpretation reagiert hat: Daß die sozialistischen Staaten aufpassen müssen, daß dieser perfide Kapitalismus noch in der Tat in der Lage sei, den drohenden Untergang, wie er der historische Materialismus vorgezeichnet hat, zu widersprechen oder ihm entgegenzuwirken, ihn aufzuhalten und sich über die Probleme hinwegzusetzen. Also insofern würde ich schon meinen, Jürgen Kuczynski ist da schon als Marxist etwas differenzierter gewesen.

Meine zweite Frage richtet sich an Sie, als Sozialwissenschaftler: Sie haben eben gesagt, wenn man das Ohr an der Bevölkerung hat, dann registrieren Sie das Wort Demokatur. Ich halte das auch für ein problematisches Symptom, ich würde allerdings glauben, daß es differenzierter anzugehen ist. Allein das darauf zurückzuführen, daß hier noch Restbestände vom Marxismus im Bewußtsein dieser Menschen vorhanden sind und massiv wirken, ist die eine Interpretationsmöglichkeit. Die andere ist doch wohl die, daß man Demokratie nicht von heute auf morgen lernen kann, und daß Demokratie nicht schon allein dadurch praktiziert wird, wenn demokratische Regelwerke entstanden sind, in die die Menschen nun einfach hineingestellt werden. Demokratie heißt erleben von Demokratie, und da müssen wir uns fragen, ob nicht die ersten Erfahrungen im Umgang mit Demokratie für jemanden, der erst hineinwachsen muß, mit Komplikationen verbunden waren, gegen die wir jetzt ankämpfen müssen, so daß also Demokatur nicht nur ein Indikator für marxistische Bewußtseinsinhalte, sondern für verunsicherte und noch nicht auf den Weg in die Demokratie angekommenen Personen ist. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Also zunächst erst einmal zur Frage der Enteignung und der mentalen Situation. Es wurde nicht ab 100 bis 200 Beschäftigten enteignet, sondern bereits Handwerksbetriebe durften nicht mehr wie 10 Beschäftigte haben und alles was darüber war, wurde bereits dann in dieser zweiten Periode der DDR privatisiert.

Zwischenruf: Nicht privatisiert, sondern sozialisiert.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ja, sozialisiert. Im Grunde genommen besteht die mentale Situation heute fort. Wenn es möglich ist, allein an den zehn Fingern die Treuhandskandale aufzuzählen, dann weiß man, woher der Rückgriff auf eine untergegangene Periode kommt. Die Namen der Skandale müssen wir hier nicht nennen.

Jetzt zu Kuczynski. Hier muß ich eine Korrektur anbringen. Ich habe das „Neue Deutschland“, jene Zeitung der SED, zu Hause, die das Referat von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitung enthält. Unmittelbar schob Herr Kuczynski in einer der nächsten Zeitungen einen Aufsatz nach.

Dort stand dann drin, wie der Generalsekretär alles richtig gesagt hat. Herr Kuczynski war sich da nicht zu fein. Solches hat er getan. Ich habe da eine ganz schöne Zeitungssammlung.

Ich muß natürlich noch etwas sagen: Sozialwissenschaftler bin ich nicht. Wir könnten eher miteinander diskutieren über die bipolaren und unipolaren Schaltkreise der Elektronik. Ich komme also aus einer ganz anderen Ecke. Aber ich frage mich immer, wenn die Herren Wirtschaftswissenschaftler, Techniker und Sozialwissenschaftler endlich das Überdeckungsproblem begreifen lernen. Wenn ich drei runde Bierfilze nehme und eine Tischdecke damit bedecken will, bleibt zwischen diesen Deckeln immer ein Zwickel übrig. Man muß einen vierten Bierfilz darauf legen, um das verbliebene freie Feld zu bedecken. Ich kann es mir heut nicht mehr vorstellen – Wirtschaftswissenschaften ohne Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften ohne Wirtschaftswissenschaften. Ich möchte hier zugeben, daß ich mich bemühe, mit großer Naivität und vielleicht auch Stümperei über die Felder zu verknüpfen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, die Diskussionen über Funktionen, Dysfunktionen, Mängel, mangelnde Reformmöglichkeit der DDR-Wirtschaft sind mit Sicherheit nicht abgeschlossen, aber für heute ist das Thema für uns beendet, und ich darf den Referenten und allen Teilnehmern der Diskussion noch einmal danken.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir gehen ohne Pause gleich weiter. Ich darf jetzt den Kollegen Jork bitten, die nächste Kurzvortrags- und Diskussionsrunde zu leiten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich also gebeten werde, die Runde zu leiten, dann brauche ich natürlich noch jemanden dazu, und ich wünsche mir die Partner, die Sie auf der Tagesordnung aus dem Ablauf entnehmen können und möchte herzlich bitten, daß Herr Dr. Karl Döring, Herr Werner Schmutzler und Herr Dr. Gerhard Schürer aufs Podium kommen.

Vielleicht darf ich, während die Herren Platz nehmen, mir einfürend ein paar Bemerkungen erlauben. Wir haben in der Überschrift für unsere Enquete-Kommission stehen: „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Wenn es um die Überwindung geht, geht es für uns, auch das ist das Selbstverständnis unserer Enquete-Kommission, um die Darstellung, auch um die Gestaltung und um Vorschläge im Transformationsprozeß. Aus technischer Sicht, Herr Dr. Schmidt hat das angesprochen, ist der Transformationsprozeß für mich ein Übergangsvorgang. Also ein Vorgang, der geprägt ist durch das Verhältnis von Ausgang zu Eingang. Das ist sehr einfach beschreibbar, wenn Ausgang und Eingang eindeutig sind. Beides scheint mir jedoch hier nicht eindeutig zu sein.

Die Ausgangssituation zu beschreiben, ist die Aufgabe in dieser Runde, und wir waren der Meinung, daß es ganz wichtig ist, dabei Menschen zu hören, die das erlebt haben und wissen, wovon sie sprechen. Ich sehe eine besondere

Chance in unserer Diskussion, daß wir Bereitschaft bei den genannten Herren finden, uns darüber zu informieren, wie das damals war, so können wir mit ihnen zurückblicken. Auf diese Weise erhalten wir einen guten Einblick in die damaligen Ereignisse, so daß wir nicht von außen betrachten müssen, sondern für uns die Erfahrungsberichte möglichst nacherlebbar werden. Das ist aus meiner Sicht die wesentliche Basisrückkopplung, die den Transformationsprozeß begleiten sollte.

Ich freue mich also, daß die genannten Herren Platz genommen haben, ich danke für die Bereitschaft, etwas zu diesem Themenkomplex beizutragen und ich denke, wir freuen uns alle auf die Erfahrungsberichte, die sicher auch Anregung zu Fragen seien werden. Ich schlage in dem Sinne vor, daß wir einfach so vorgehen, wie es in der Tagesordnung steht, daß also zuerst Herr Dr. Karl Döring, EKO-Stahl-GmbH Eisenhüttenstadt seinen Bericht vorträgt.

Dr. Karl Döring: Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Einladung an der Teilnahme der Arbeit der Enquete-Kommission. Ich habe die Einladung besonders deshalb angenommen, weil ja in den heutigen und beiden folgenden Tagen der Versuch unternommen werden soll, von der Vergangenheit die Brücke in die Gegenwart zu schlagen, also von der Bilanz der DDR-Wirtschaft zur Zwischenbilanz Aufbau Ost. Aus meiner Sicht eine sehr notwendige Arbeit, vor allen Dingen auch, wenn man bedenkt, was in dieser Woche noch an Wirtschaftsdaten politisch verarbeitet werden muß.

Mir sind acht Fragen vorgegeben worden. Da ich glaube, daß sie den Arbeitsfortschritt in der Arbeit der Enquete-Kommission unterstützen, möchte ich mich auch exakt an diese Fragen halten, sie kurz verlesen und dann meine Antworten dazu geben. Es sind alles Sachfragen, keine Wertungsfragen, und ich will auch versuchen, sie mit konkreten Fakten zu beantworten.

Die erste Frage lautet: Inwieweit wurde der Mechanismus zur Erstellung der Volkswirtschaftspläne dem Anspruch gerecht, ein System von in sich stimmigen und zueinanderpassenden Einzelplänen hervorzubringen, und in welchem Ausmaß blieben Koordinierungsprobleme schon auf der Planungsebene ungeklärt?

Vielleicht darf man davon ausgehen, daß die Basis aller Planungsarbeit Aufkommens- und Verbraucherbilanzen waren. Mit diesem Ausgangsdatenmaterial, das natürlich in der Regel unzureichend stimmig war, entstand eine staatliche Planaufgabe. Es schloß sich ein umfassender Prozeß der Plandiskussionen über alle Hierarchieebenen mit dem Ziel an, aus dieser Diskussion heraus mehr Übereinstimmung zwischen Möglichkeiten und den Erfordernissen zu finden. Es gab als nächstes dann die Planaufgabe, die als Versuch gewertet werden muß, das noch weiter zueinander zu bringen. Der Plandurchführungsprozeß beinhaltete natürlich ebenfalls das Anliegen Diskrepanzen zu verringern, sowohl durch die Tatsache des Wettbewerbes – mit dem heutigen Begriff Benchmarking sicherlich am ehesten charakterisiert – aber selbst durch einen sogenannten Gegenplan, der neue Initiativen auslösen sollte. Dies ist auch in der